

Regierungsratsbeschluss

vom 18. Dezember 2012

Nr. 2012/2549

Vernehmlassung zur Deplafonierung des Solidaritätsprozents in der Arbeitslosenversicherung:

Schreiben an die Direktion für Arbeit, Bern

1. Erwägungen

Das Volkswirtschaftsdepartement, Amt für Wirtschaft und Arbeit, unterbreitet das Schreiben an die Direktion für Arbeit, Bern, betreffend die Deplafonierung des Solidaritätsprozents in der Arbeitslosenversicherung zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an die Direktion für Arbeit, Bern, betreffend die Deplafonierung des Solidaritätsprozents in der Arbeitslosenversicherung wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an die Direktion für Arbeit vom 18. Dezember 2012

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (2, GK-Nr. 2012-2931)
Amt für Wirtschaft und Arbeit (3)
Staatskanzlei, Legistik und Justiz
Ratsleitung (8)
Medien (Jae)